



APRIL-Netzwerk

www.april-netzwerk.de

www.kommunal-ist-optimal.de

<http://blog.gemeingut.org/>

Mike Nagler, 0179-9619584

Wolfgang Franke, 0175-1553456

17.07.2012

Leipzig braucht eine „Privatisierungsbremse“

Die Salamiaktik bei Privatisierungen muss gestoppt werden

Wenn zur Stadtratssitzung am kommenden Mittwoch die Privatisierung des Bestattungswesens zur Abstimmung steht, ist das nur ein weiteres Glied in einer Kette von Verkäufen städtischer Firmen. Nachdem in den vergangenen Jahren große Teile des Wohnungsbestandes der LWB verkauft und im Februar die perdata und im vergangenen Monat HL komm zu jeweils 100 Prozent privatisiert wurden, steht nun mit dem städtischen Bestattungswesen ein weiterer „Kandidat“ zur Debatte. (Das städtische Bestattungswesen behauptet sich im Wettbewerb – und stellt gleichzeitig einen wichtigen Faktor für selbigen dar. Die Zeche für eine weitergehende Marktaufteilung zahlen am Ende auch nur die Kunden – oder die Stadt, wenn sie für Bestattungen aufkommen muss.)

„OB Jung und seine Mitstreiter in SPD, CDU und FDP treiben den Ausverkauf der Stadt ‚scheibchenweise‘ weiter. Auch nach dem deutlichen Votum des Bürgerentscheids von 2008 gibt es eine unverbrüchliche Allianz von CDU, SPD und FDP, wenn es um die Enteignung der Leipziger und die Veräußerung städtischen Eigentums geht“, so Mike Nagler vom April-Netzwerk.

Die kontinuierlichen Verkäufe machen deutlich, dass das „Bekanntnis“ der Ratsversammlung vom Februar letzten Jahres zum Bürgerentscheid vom 27. Januar 2008 nicht mehr als nur ein Lippenbekenntnis ist und uminterpretiert wird, wenn es den Konzepten einiger Kommunalpolitiker und –manager entgegensteht.

„Leipzig braucht stattdessen eine Privatisierungsbremse, die verhindert, dass - mit oft knappen Mehrheiten im Stadtrat – an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorbei mit dem Verweis auf vermeintliche ‚Sachzwänge‘ und willkürliche Auflagen der Landesdirektion privatisiert wird, was das Zeug hält“, so Nagler weiter.

Das APRIL-Netzwerk möchte eine öffentliche Debatte über diese Privatisierungsbremse in Gang setzen. „Wir stellen uns z.B. vor, dass Privatisierungsentscheidungen im Stadtrat in Zukunft nur noch bei einem größeren Konsens beschlossen werden dürfen, z.B. mit 2/3-Mehrheit. Ersatzweise könnten die Bürgerinnen und Bürger bei Verkaufsentscheidungen ab einer gewissen Größenordnung befragt werden. Die ‚Salamiaktik‘ in Bezug auf Privatisierungen muss jedenfalls ein Ende haben“ so Wolfgang Franke.

„Der bevorstehende Wahlkampf zu den Oberbürgermeisterwahlen bietet nicht nur einen guten Prüfstein, wie die Kandidaten es mit dem kommunalen Eigentum und der kommunalen Wirtschaft halten. Wir möchten auch anregen, dass zusammen mit der OB-Wahl über eine ‚Privatisierungsbremse‘ abgestimmt werden kann“

Was auf dem Spiel steht, ist nicht mehr und nicht weniger als die Handlungsfähigkeit und Entwicklung der kommunalen Unternehmen, Betriebe und Einrichtungen, die für die Bürgerinnen und Bürger den Zugang bzw. die Nutzung der öffentlichen Infrastruktur garantieren. Entscheidungen hierüber müssen auf einem breiten Konsens beruhen. Die Erläuterung von „Sachzwängen“ bei Bürgerforen reicht hierfür nicht aus, wenn Entscheidungen danach parteipolitisch bestimmt sind. Die Bürgerinnen und Bürger können auf Lippenbekenntnisse verzichten, sie erwarten eine nachhaltige Politik auch in Bezug auf die Daseinsvorsorge und die kommunale Wirtschaft.